Nr. 293 • Ausgabe B Nr. 133
Ausgabe für Berlin u. Umgegend Nr. 293

Abend-Ausgabe

Montag, 30. Juni 19
48. Jahrgang

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Der Berliner Verkehrsstreik beschlossen.

90 Prozent Stimmenmehrheit.

Die Vertrauensleute und die Arbeiterausschüsse der Großen Berliner Verkehrsunternehmungen hatten heute vormittag die entscheidende Zusammenkunft, um das Resultat der Urabstimmung auf den einzelnen Betriebsstellen über die Streikfrage entgegenzunehmen. Um 12 Uhr mittags konnte das Ergebnis verkündet werden. Die Abstimmung hatte eine Majorität von 90 Prozent für den Eintritt in den Streik ergeben. Im Hinblick darauf wurde die Arbeitsniederlegung als beschlossen angenommen und der Beginn des Streiks auf heute abend nach Betriebsschluß festgesetzt, so daß morgen früh der Verkehr wieder einmal vollständig unterbunden sein wird. Die Zahl der Streikenden beträgt etwa 22 000. Sie umfaßt auch die technischen und kaufmännischen Angestellten aller Berliner Verkehrsunternehmungen. Es liegt leider auch die Gefahr vor, daß die Stadt- und Ringbahn, die augenblicklich nur einen sehr mäßigen Zugverkehr aufweist, aus rein technischen Gründen ihren Betrieb einstellen wird.

Wie vom Arbeiterrat der Angestellten der Großen Berliner Straßenbahn mitgeteilt wird, hat die Auszählung ergeben, daß rund 90 Prozent für die Stillegung des Betriebes gestimmt haben. — Bekanntlich haben die Verkehrsangestellten sich auch an die Arbeiter der Berliner Elektrizitätswerke gewandt, um diese zu einem Sympathiestreik zu veranlassen. Es besteht aber in diesen Werken kaum die Neigung, die für die Bevölkerung Groß-Berlins so notwendige Stromerzeugung zu unterbrechen. — Bei der Hochbahngesellschaft lautete die Abstimmung — soweit die Resultate schon vorlagen — mit Mehrheit für Eintritt in den Streik. (Siehe auch Seite 3.)

Die Hamburger Unruhen.

General Lettow-Vorbeck Reichskommissar für Hamburg.

(Von unserem Korrespondenten.)

K. Hamburg, 29. Juni.

Ein sehr trauriges Kapitel Hamburger Revolutionsgeschichte liegt hinter uns, traurig wegen der zahlreichen Blutopfer, die diese Aufruhrwoche forderte, traurig durch die häßlichen Aeußerungen einer zügellosen Volksleidenschaft, aber noch trauriger fast im Hinblick auf das völlige Versagen aller der Faktoren des hamburgischen Staatswesens, die berufen gewesen wären, nach dem Vorbild großer staatsmännischer Vorgänger in ihren Aemtern mit größter Energie, aber auch mit der Weisheit und dem Weitblick eines wirklichen Staatsmannes die sich geschaffen entwickelnden Vorgänge in die Hand zu bekommen und in eine vernünftige Bahn zu lenken.

Wie kam es?

Am Montag, dem 23. Juni, wurde das an sich schon abscheuliche Kellerlokal, in dem sich die Heilsche „Salzenfabrik" befand, von einer Menge gestürmt, die mit vollem Recht über die Gesundheitsgefährlichkeit dieser Fabrikation und darüber, daß so etwas trotz behördlicher Aufsicht möglich war, in helle Empörung geriet und ebenso mit vollem Recht, nachdem sie mit den üblen Beweismitteln der Schweinereien vor das Rathaus gezogen war, vom Senat als der verantwortlichen Regierung ein ganz rücksichtsloses Einschreiten gegen diese oder ähnliche Betriebe forderte. Man sperrte das Rathaus ab und trieb die Menge ungehindert Lynchjustiz üben. Weiter geschah nichts, gar nichts, außer daß die Besatzung des Rathauses verstärkt wurde. Am Dienstag nahm die Menge immer erregter, auch durch die Gleichgültigkeit der berufenen Behörden, ihre Volksjustiz in breiterem Umfange auf. Wieder wurden „Salzefabriken" und andere Lebensmittelbetriebe „überholt", viele Menschen mißhandelt und gegen abend die Leiter des Blindenheims in schimpflichem Aufzug zum Fischmarkt gebracht. Wieder geschah nicht das geringste zur Beruhigung der aufgeregten Volksmassen. Nun kam es, als eine Abteilung des Bahrenfelder Freiwilligen-Bataillons unter persönlichem Oberbefehl des Kommandanten Lampl in das Rathaus zu dessen Verteidigung einzog, auf dem Rathausmarkt zu den ersten blutigen Schießereien, die nun sehr rasch einen grauenhaften Umfang annahmen. Es zeigte sich, daß in der Bevölkerung zahlreiche Gewehre und reichlich Munition vorhanden war. Am Mittwoch mittag stürmte dann, unter Bruch des abgeschlossenen Waffenstillstandes, die wütende Menge von hinterrücks das Rathaus, ergriff die zusammengestellten Waffen der Freiwilligen zu sich, und jammervoll nun die wahrhaft bestialischen, durch nichts zu entschuldigenden Mißhandlungen und Quälereien der in Todesangst vor ihnen Zeitigern fliehenden Bahrenfelder, die doch lediglich ihre Pflicht in durchaus ehrenhafter Weise erfüllt hatten.

Damit hatte die Volkswut am Mittwoch abend ihren Siedepunkt überschritten, allmählich kehrte wenigstens teilweise etwas Besinnung in die Massen zurück. Und nun war es — das muß ohne weiteres unbedingt anerkannt werden — einzig und allein die straff organisierte Arbeiterschaft, die plötzlich und fest mit einem Schlage, mit überraschender Umsicht die Wiederherstellung der Ordnung in die Hand nahm. Es trat Ruhe ein in Hamburg, und Besonnenheit einer zwar auf der Straße unsichtbaren, in ihrer Wirksamkeit aber sehr wohl erfreulich fühlbaren Oberleitung hält die Zügel fest in der Hand. Vorläufig wenigstens, solange diese in ihrer inneren Konstruktion heterogene, aus einander feindselig gegenüber stehenden Elementen zusammengesetzte Oberleitung eine geschlossene Einheit bleibt.

Wo blieben die amtlichen Regierungsorgane in dieser Zeit?

Es ist gestern viel hierüber geredet worden in der Bürgerschaftssitzung, und ein Senator hat den Senat verteidigt, der nicht anders habe handeln können. Was hatte denn der Senat, dem der Zugang zum Rathaus von Dienstag ab unmöglich war, unternommen? Nun, er hat am Donnerstag einen Aufruf an die Bevölkerung erlassen, in dem zur Ruhe und Besonnenheit ermahnt und es für unrichtig erklärt wird, daß die Gewalt auf die Betriebsräte übergegangen sei, und er hat um die Hilfe der Reichswehrtruppen in Berlin gebeten.

Was aber hat der Senat nicht getan? Er hat nicht der mit gutem Recht sein Einschreiten in der Heilschen Skandalaffäre fordernden, erregten, aber damals gewiß noch leidlichen Volksmenge so rasch und so nachdrücklich wie möglich die derzeitigen Verschleierungsgründe, daß alles nur Erdenkliche unternommen werden, um eine solche Gefährdung der Volksgesundheit ein für allemal ganz unmöglich zu machen, im Keim zu ersticken. Er hat nicht zur rechten Zeit der Strafverfolgungsbehörde Anweisung gegeben, gegen Wucherer, Schieber und Lebensmittelfälscher ganz rücksichtslos und unerbittlich nach jeder Möglichkeit mit der Schärfe des Gesetzes vorzugehen.

Und was geschieht nun, um für die Zukunft die Sicherheit Hamburgs auf eine bessere Grundlage zu stellen? Der Senat hat in dieser Hinsicht noch keine sichtbaren Schritte unternommen, wohl aber hat die Deutsche demokratische Partei die Initiative ergriffen durch einen Antrag in der Bürgerschaft, der auf eine völlig durchgreifende Neuorganisation von Polizei und Volkswehr in gemeinsamer Organisation hinzielt und der wohl auch bei den Mehrheitssozialisten den erforderlichen Anklang finden wird.

General v. Lettow-Vorbeck hat heute die ersten zwei Verordnungen mit seinem Namen erlassen. Die erste teilt mit, daß mit dem Belagerungszustand die Vollzugsgewalt auf ihn übergegangen ist. Die zweite bringt noch verschärfende Bestimmungen auf Grund des Belagerungszustandes. Danach ist der Straßenverkehr von abends 10 Uhr bis morgens 4 Uhr verboten. Versammlungen unter freiem Himmel sind verboten. Solche in geschlossenen Räumen bedürfen der Genehmigung. Zusammenrottungen sind verboten. Bei Absperrungen ist ein Zwischenraum von 200 Metern vor den Absperrposten völlig frei zu halten.

General v. Lettow-Vorbeck ist vom Reichswehrminister für die Zeit der Durchführung der über Hamburg verhängten Reichsexekutive zum Reichskommissar ernannt.

Die Volkswehr ist für die Dauer der Anwesenheit des Korps Lettow beurlaubt. Die Einwohnerwehr darf vorläufig bewaffnet nicht auf der Straße erscheinen, außer der Einwohnerwehr in Wandsbek.

Es wird angenommen, daß der erneute Einmarsch der Reichswehrtruppen morgen, Dienstag, erfolgt, aber in ganz anderer Weise, als das beim ersten Einmarschversuch der Fall war, bei dem kleine Abteilungen und einzelne Leute mitten in der Volksmenge allen gütlichen und drohenden Verlockungen zur Desertation und Waffenabgabe ausgesetzt waren.

Nachdem vorgestern der Bahrenfelder Stadtteil noch Waffen durchsucht worden war, kam heute früh St. Pauli-Süd an die Reihe. Der Bezirk wurde bis an das Altonaer Grenzgebiet abgesperrt und die Hauptstraßen mit Drahtverhauen gesichert. Die Volkswehr hat viele Waffen und zahlreiche Munition weggenommen.

Die Zufuhr amerikanischer Lebensmittel hat wieder begonnen. Gestern abend kam unter englischer Flagge der Dampfer „Franzisca" aus New-York in den Hafen ein, während heute der Kreuzer „Coventry" eintraf.

Die Uebergabe der deutschen Ostgebiete an Polen.

Ernennung von Staatskommissaren für die Uebergabe.

Mit der Unterzeichnung des Friedensvertrages ist die Abtrennung des größten Teils von Westpreußen und Posen von Deutschland und ihre Eingliederung in den polnischen Staat grundsätzlich anerkannt worden. Die Folgerungen aus diesen erzwungenen Zugeständnissen müssen gezogen werden. Indessen bleibt im Osten zunächst noch alles beim alten; die im Februar festgelegte Linie wird auch während der nächsten Wochen von beiden Teilen anerkannt werden müssen, und die preußischen Behörden verstehen in den der Abtretung verfallenen Gebieten weiter ihre Funktionen. Ebenso wird das deutsche Militär noch die Grenzen besetzt halten. Man darf erwarten, daß auch die polnischen Bewohner ähnliche Uebergriffe, wie sie leider gestern in Bromberg sich ereignet haben, zu vermeiden wissen werden, da sonst die Auseinandersetzung sich bedenklich zuspitzen müßte. Falls es nicht zu Zwischenfällen kommen sollte, wird sich der Uebergang aus der deutschen in die polnische Hand erst vollziehen, wenn der Friedensvertrag ratifiziert und daraufhin ein allgemeines Einvernehmen zwischen beiden Vertragsbeteiligten erzielt sein wird. Das dürfte in drei bis vier Wochen der Fall sein. Dann erst wird die Uebergabe der deutschen Verwaltung und des staatlichen Eigentums an die polnische Regierung erfolgen. Für den preußischen Staat dürften die bisherigen Oberpräsidenten Schnadenburg und v. Bülow als Staatskommissare mit außerordentlichen Vollmachten ernannt werden, um bei diesem Hoheitswechsel die deutschen und preußischen Interessen zu vertreten.

Das Fest Frankreichs.

Im Spiegelsaal von Versailles.

Von [Nachdruck verboten.]

Paul Block,
Sonderberichterstatter des „Berliner Tageblatts" in Versailles.

Vor einigen Tagen schilderte der in Deutschland weilende Berichterstatter des „Temps" die Nächternheit und Stimmungslosigkeit der Nationalversammlung in Weimar. Vielleicht hatte er in einigem, was er sagte, recht. Die Feier der großen Männer ist in Deutschland noch nicht gekommen, und vergebens blieb der Versuch, die deutsche Nationalversammlung von 1919 mit der französischen zu vergleichen, die am 13. Februar 1871 in Bordeaux stattfand, und in der Persönlichkeiten wie Thiers, Victor Hugo, Gambetta ihren Einfluß auf das tief verwundete französische Volk auszuüben vermochten.

Jedoch wenn der „Temps" die Vergleiche liebt, wie die häufigen Parallelen zwischen 1870 und 1919 in den Leitartikeln seiner letzten Nummern zeigen: weshalb vergleicht er mit den großen geschichtlichen Staatsaktionen Frankreichs nicht auch das neueste Ruhmeskapitel der nun wieder „großen Nation", das alle Erinnerungen übertreffen und in allen französischen Herzen die neu erstandene Herrlichkeit wieder aufflammen lassen sollte? Im Spiegelsaal von Versailles, wo Deutschlands neue Geschicke begann, sollte sie nun auch enden. Monate voraus war der Ort für den Abschluß des größten aller Völkerkämpfe bestimmt und die Presse Frankreichs hatte dafür gesorgt, die Bedeutung des Tages und der Zeremonie jedem ins Bewußtsein zu hämmern. Ein Prunkschauspiel sollte dieser Tag werden, wie es die Welt noch nicht gesehen; in seiner unvergleichlichen Größe erhebend für das stolzreiche Frankreich, niederdrückend und demütigend für das unterlegene Deutschland. Der Ministerpräsident Georges Clemenceau selbst hatte es nicht für überflüssig gehalten, sich um die Aeußerlichkeiten zu bemühen, die richtigen Teppiche auszusuchen und das Empiretintenfaß, das sich in den Stil nicht fügte, durch ein anderes aus der Zeit Ludwigs des Vierzehnten ersetzen zu lassen. Er hatte der Freude seines Herzens über den Tag, den er seit 48 Jahren ersehnte, Worte verliehen und sogar mit diskreten Mitteln nicht gespart. Als er zusammen mit Lloyd George und dem Präsidenten Wilson auf den Balkon trat, von dem aus am 6. Oktober 1789 die Königin Marie Antoinette angstvoll auf die Stimmen des heulend heranziehenden Volkes von Paris lauschte, das die Gekrönten zum Gericht holen wollte, hatte er die Situation mit gutem Gedächtnis erläutert und sarkastisch lächelnd zu Wilson gesagt: „Sie sind Marie Antoinette". Wer weiß, ob das Wort nicht prophetisch wird. Das Volk von Amerika schickt seine Bedrücker nicht auf die Guillotine, aber es kann sie wenn es mit ihnen unzufrieden ist, nach Hause schicken . . .

Endlich war alles bereit, mit Aubusson-Teppichen und Goldstühlen und dem ganzen großen Zeremoniell, an dem Ministerien, Künstler und Polizisten gearbeitet haben. Das Objekt war zur Stelle, das Schauspiel konnte beginnen. Und nachdem die Kanonen gedröhnt hatten und das Militär aufmarschiert war, geschah es, daß diese Krönung des französischen Sieges eine französische Niederlage wurde. Niemals ist bei so gewaltigen Gelegenheit so großer Aufwand so unnütz vertan worden. Niemals wurde die Stimmung einer tragischen Stunde so ins Leere, Nüchterne und Groteske verkehrt. Schon die Länge des Saals war dem Eindruck ungünstig. In den beiden Querseiten die Eingeladenen und die Vertreter der Presse. Dazwischen in einem abgeteilten und durch rechtwinklige Gänge behüteten Raum die vielen Sieger und eine Besiegte. Es war zu weit, die Gesichter zu erkennen und da die Zuschauer die Runde der Gewaltigen für von schwarz erblicken konnten, schwand jede Möglichkeit des Eindrucks. Clemenceau, der im Profil nicht günstig wirkt, verdeckte mit seiner gedrungenen Greisengestalt den jovialen Kopf von Lloyd George. Und Wilsons glattrasiertes Gesicht verschwand in der Masse der Bärte aller Art, die zur Rechten und zur Linken von ihm in unabsehbarer Reihe aufragten. Wunderbar, daß es den feinen Silberfüßel den Spitzenjuden entgehen konnte, wie lächerlich diese Fülle von Stoffgreifen gegenüber den bescheidenen Herren Müller und Bell wirken mußte. Sie hätten sonst sicherlich die Zeremonie in einen anderen Raum verlegt, der vielleicht geschäftlich weniger merkwürdig, aber für die Bildwirkung geeigneter gewesen wäre.

Nun aber kam, was kommen mußte. Das Publikum, das erschienen war, um das Schauspiel zu sehen, lächelte sich und begann, sich auf seine eigene Art zu amüsieren. Junge Damen kletterten mit der Hilfe hübscher Offiziere auf die Vorsprünge der Säulen und balancierten dort wie Rokoko-Schäferinnen in weißen und rosigen Unterröckchen mit durchbrochenen Strümpfen. Zwei Bänke vor mir zog ein sorgsamer Familienvater eine Büchse mit Sandwiches aus dem Futtersack seiner Madame, breitete ein weißes Taschentuch über den roten Samt der Bank und begann zu frühstücken. Einige Dutzend Kodaks aller Formate wurden von amerikanischen Offizieren und amerikanischen Damen, jede zu dritt, geschwungen und die Aufnahmen, in denen die Aufnahmen erfolgen mußten, damit wenigstens ein Bestimmtes Haupt auf die Platte käme, waren zum Teil ebenso aufregend wie belustigend. In der